

Erläuterung zur Anordnung über das kirchliche Meldewesen Kirchenmeldewesenanordnung (KMAO) - Neufassung

Die bisher geltende Anordnung über das kirchliche Meldewesen (KMAO) war (in den westdeutschen Diözesen) seit den Jahren 1978 bzw. 1979 in Kraft.

Die seitherige Entwicklung der Technik z.B. der Einsatz zentraler Server (vgl. dazu § 5 Abs. 2), die Neufassung der Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) sowie der Beitritt der ostdeutschen Diözesen mit Wirkung vom 1. Januar 1991 zum Verband der Diözesen Deutschlands ließen eine Neufassung, auch der KMAO, wünschenswert erscheinen.

Bewährte Regelungen wurden übernommen (z.B. § 1 – Mitgliedschaft). Die KMAO versteht sich als die dem staatlichen Meldewesen entsprechende kirchliche Regelung.

Die Mitwirkungspflichten der Kirchenmitglieder (§ 3) und die Zusammenarbeit der kirchlichen Stellen mit den Meldebehörden (§ 4) sollen nicht nur der Richtigkeit und Vollständigkeit der Meldedaten dienen sondern auch zum Ausdruck bringen, dass die von den Meldebehörden übermittelten Daten – auch – kirchliche Daten sind.

Der Datenschutz ist grundsätzlich in der KDO geregelt, wengleich einzelne Bestimmungen datenschutzrechtliche Bezüge aufweisen (vgl. § 2 Abs. 1).

Die Bestimmung über die Aufnahme der in den Kirchenbüchern (Matrikeln) zu dokumentierenden kirchlichen Amtshandlungsdaten (vgl. § 5 Abs. 3) ist als programmatische Forderung zu verstehen (soweit die bisher geführten Gemeindegliederverzeichnisse diese Daten noch nicht enthalten). Insbesondere wäre wünschenswert, diese Daten bei künftigen kirchlichen Amtshandlungen zu übernehmen.

Schließlich stellen sowohl die Präambel als auch die Regelung über das Gemeindegliederverzeichnis (vgl. § 5 Abs. 1, Abs. 4 sowie Abs. 6) klar, dass Herr der Daten – jeweils für seinen/ihren Bereich sowohl das Bistum als auch die Kirchengemeinde/Pfarrei sind.

Es kann angezeigt sein, dass sich Bistum und Kirchengemeinde/Pfarrei gegenseitig vorab informieren, wenn solche Daten Dritten übermittelt werden sollen, wobei selbstverständlich die Übermittlungsvorschriften der KDO zu beachten sind.

Diese Erläuterung wurde von der Kommission für Meldewesen und Datenschutz des Verbands der Diözesen Deutschlands beschlossen.

Anordnung über das kirchliche Meldewesen – KMAO –

Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück vom 16.11.2005, Band 55, Nr. 23, Art. 275, Seite 275
geändert am 13. Januar 2011 (KABl. vom 22.02.2011 Band 58, Nr. 15, Art. 169, Seite 278)

- [§ 1](#) Mitgliedschaft
- [§ 2](#) Datenschutz und andere Bestimmungen
- [§ 3](#) Mitwirkungspflichten der Kirchenmitglieder
- [§ 4](#) Zusammenarbeit mit den Meldebehörden
- [§ 5](#) Gemeindemitgliederverzeichnis
- [§ 5a](#) Automatisiertes Abrufverfahren
- [§ 6](#) In-Kraft-Treten

¹Die staatlichen oder kommunalen Meldebehörden übermitteln der katholischen Kirche in ihrer Eigenschaft als öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach Maßgabe der Meldegesetze Daten (Meldedaten). ²Empfänger der Daten sind die Bistümer und/oder für ihren Bereich die Kirchengemeinden

In diesem Zusammenhang wird Folgendes angeordnet:

§ 1 Mitgliedschaft

(1) Als Mitglied der katholischen Kirche im Sinne dieser Anordnung (Kirchenmitglied) gilt jeder, der durch die Taufe in der katholischen Kirche oder durch Übertritt von einer anderen Kirche oder christlichen Religionsgemeinschaft oder durch Wiederaufnahme der katholischen Kirche angehört und nicht nach den Bestimmungen des staatlichen Rechts aus der Kirche ausgetreten ist.

(2) Die Kirchenmitgliedschaft wird vermutet, wenn die Daten des staatlichen oder kommunalen Melderegisters entsprechende Angaben enthalten.

§ 2 Datenschutz und andere Bestimmungen

(1) Die Anordnung über den kirchlichen Datenschutz (KDO) in der jeweils geltenden Fassung sowie bereichsspezifische Regelungen sind zu beachten.

(2) Die kirchenrechtlichen Regelungen zur Führung der Kirchenbücher werden durch diese Anordnung nicht berührt.

§ 3 Mitwirkungspflichten der Kirchenmitglieder

(1) Die Kirchenmitglieder sind verpflichtet, sich bei der zuständigen Meldebehörde bei der Gründung eines neuen oder eines weiteren Wohnsitzes anzumelden.

(2) Die Kirchenmitglieder sind verpflichtet, bei den Meldebehörden ihre Bekenntniszugehörigkeit anzugeben.

(3) ¹Das Bistum und die Kirchengemeinde sind berechtigt, Daten (Meldedaten und kirchliche Daten) von dem Kirchenmitglied unmittelbar anzufordern; das Kirchenmitglied ist verpflichtet, die Daten mitzuteilen. ²Durch bischöfliche Anordnung kann festgelegt werden, dass das Kirchenmitglied auch verpflichtet ist, sich bei der zuständigen kirchlichen Stelle anzumelden.

§ 4 Zusammenarbeit mit den Meldebehörden

(1) Die zuständigen kirchlichen Stellen, insbesondere die Kirchengemeinden sind verpflichtet, gespendete Taufen, Wiederaufnahmen und Übertritte zur katholischen Kirche den Meldebehörden mitzuteilen.

(2) Ist in den Melderegistern der Meldebehörden die Angabe über die Bekenntniszugehörigkeit von Kirchenmitgliedern falsch oder fehlt sie ganz, so haben die zuständigen kirchlichen Stellen die Berichtigung oder Ergänzung zu veranlassen.

(3) ¹Wird festgestellt, dass ein Kirchenmitglied seiner staatlichen Meldepflicht ganz oder teilweise nicht nachgekommen ist, so ist dieses aufzufordern, die veranlasste Meldung nachzuholen. ²Auf etwaige ordnungsrechtliche Folgen ist hinzuweisen.

(4) Werden von der staatlichen Meldebehörde Daten eines nachweislich verstorbenen Kirchenmitglieds übermittelt, soll die Meldebehörde vom Tod des Kirchenmitglieds verständigt werden.

§ 5 Gemeindemitgliederverzeichnis

(1) ¹Zur Führung eines Gemeindemitgliederverzeichnisses sind das Bistum und die Kirchengemeinde befugt. ²Die Kirchengemeinde ist dazu verpflichtet.

(2) ¹Das Gemeindemitgliederverzeichnis kann im Weg der elektronischen Datenverarbeitung geführt werden. ²Dies kann auch von zentralen kirchlichen Rechenzentren besorgt werden.

(3) ¹Das Gemeindemitgliederverzeichnis enthält die für die Erfüllung des kirchlichen Auftrags erforderlichen Meldedaten. ²Es enthält ferner kirchliche Daten, die sich aus den Kirchenbüchern (Matrikeln) ergeben, insbesondere Daten über Taufe, Erstkommunion, Firmung, Trauung, Weihe und Profess sowie über Aufnahme und Wiederaufnahme von Kirchenmitgliedern.

(4) Diese Daten werden zwischen den Stellen, welche das Gemeindemitgliederverzeichnis führen, ausgetauscht.

(5) Auskunfts- und Übermittlungssperren müssen ihrem Zweck entsprechend beachtet werden.

(6) ¹Das Bistum kann die Daten aller Gemeindemitgliederverzeichnisse in seinem Bereich erheben, verarbeiten oder nutzen.

²Die Kirchengemeinde kann nur die Daten des Gemeindemitgliederverzeichnisses ihres Bereichs erheben, verarbeiten oder nutzen.

³Der Generalvikar regelt die Zugriffsberechtigung für das Gemeindemitgliederverzeichnis des Bistums durch Ausführungsvorschrift nach Maßgabe der Prinzipien der KDO, insbesondere dem Prinzip der Erforderlichkeit und der Datensparsamkeit.

⁴Für den Bereich der Kirchengemeinde regelt dies der Pfarrer bzw. der verantwortliche Leiter.

§ 5a Automatisiertes Abrufverfahren¹

1. Jedes Bistum ist befugt, zur Klärung von Fragen im Einzelfall gemäß § 7 KDO von einem anderen Bistum Daten abzurufen.
2. Werden die Daten für andere als für Meldezwecke übermittelt (§ 10 Abs. 2 KDO), ist die Übermittlung in geeigneter Weise zu dokumentieren.
3. Das übermittelnde Bistum kann die Übermittlung generell oder für den Einzelfall sperren. Gesperrte Daten werden nicht übermittelt. Das prüfende Bistum erhält lediglich die Mitteilung, dass ein Abruf nicht gestattet ist.

§ 6 In-Kraft-Treten

Diese Anordnung tritt am 1. November 2005 in Kraft; zum gleichen Zeitpunkt wird die Anordnung über das kirchliche Meldewesen (Kirchenmeldewesenanordnung) – KMAO - vom 21.

¹ Eingefügt durch die Änderung der Anordnung über das kirchliche Meldewesen – KMAO vom 13. Januar 2011 (KABl. vom 22.02.2011 Band 58, Nr. 15, Art.169, Seite 278)

Juli 1978 (Kirchliches Amtsblatt für die Diözese Osnabrück, Bd. 42, Nr. 16, Art. 130, S. 99) aufgehoben.

Osnabrück, 7. Oktober 2005

L.S. † **Dr. Franz-Josef Bode**
Bischof von Osnabrück

Die Änderung ist am 1. Dezember 2010 in Kraft getreten.

Osnabrück, 13. Januar 2011

L.S. † **Dr. Franz-Josef Bode**
Bischof von Osnabrück

Pfarrbrief und Datenschutz.

In vielen Kirchengemeinden ist es aus guten Gründen üblich, im Pfarrbrief neben Hinweisen auf Ereignisse und Veranstaltungen des gemeindlichen Lebens auch Nachrichten über Mitglieder der Gemeinde im Hinblick auf Sakramentenspendungen, Jubiläen, Ehrungen, Todesfälle usw. zu veröffentlichen. Es muss dabei um Beachtung der nachstehenden datenschutzrechtlichen Grundsätze gebeten werden:

1. Grundsätzlich zulässig ist die Information über kirchliche Amtshandlungen wie Taufe, Eheschließung, Firm spendung usw.
2. Eine Veröffentlichung von Ereignissen, denen keine kirchliche Amtshandlung zugrunde liegt, ist nur mit der ausdrücklichen vorherigen Zustimmung der Betroffenen oder zumindest stillschweigender (konkludenter) Zustimmung möglich. Es wird empfohlen, insbesondere bei Jubiläen und Ehrungen, regelmäßig zu Beginn eines Kalenderjahres im Pfarrbrief darauf hinzuweisen, dass eine Veröffentlichung beabsichtigt ist, diese aber dann unterbleibt, wenn ihr rechtzeitig widersprochen wird. Liegt ein Widerspruch vor, so ist eine Veröffentlichung unzulässig. Die Veröffentlichung könnte folgenden Wortlaut haben:

„Im Pfarrbrief können Sakramentenspendungen, Alters- und Ehejubiläen, Geburten, Sterbefälle, Ordens- und Priesterjubiläen mit Namen und dem Tag und der Art des Ereignisses veröffentlicht werden, wenn die Betroffenen nicht vorher schriftlich oder in sonstiger geeigneter Form innerhalb von vier Wochen, gerechnet ab Veröffentlichung dieses Pfarrbriefes, widersprochen haben.“

3. Die Veröffentlichung von Namen Verstorbener sollte in aller Regel mit den Angehörigen abgesprochen werden. Manch einer wünscht eine "stille Trauerfeier".
4. In allen Fällen ist auf die Angabe der Wohnanschrift zu verzichten. Auf diese Weise wird vermieden, dass kriminelle Elemente sich des Pfarrbriefes zum Ausspähen der Wohnobjekte bedienen. Darüber hinaus wird die Wohnanschrift häufig zur Abgabe aufdringlicher Werbeangebote, insbesondere anlässlich der Erstkommunion, benutzt. Aus diesem Grunde ist es auch nicht gestattet, Banken, Kredit- und Versicherungsinstituten, aber auch den örtlichen Händlern auf deren Bitte die Wohnanschriften zu übermitteln. Diese führen als Grund ihres Begehrens oft an, dass den Kindern ein Geschenk aus Anlass der Erstkommunion oder Firmung überreicht werden solle. Da es sich bei diesen Angeboten in aller Regel um rein wirtschaftliche Interessen, nämlich primär der Kundengewinnung und -bindung der Anfragenden handelt, ist eine Veröffentlichung oder Weitergabe der Wohnanschriften unzulässig. Des Weiteren kann bei der Veröffentlichung der Namen der Gemein demitglieder anlässlich eines Geburtstages auch deshalb auf die Angabe der Wohnanschrift verzichtet werden, weil die Gratulierenden in aller Regel ohnehin wissen, wo die betroffene Person wohnt. Hier reicht es aus, Name, Tag und Alter zu veröffentlichen.
5. Kirchenaustritte dürfen grundsätzlich mit Namensnennung nicht veröffentlicht werden.

Osnabrück, 30.Juli 1999

Das Bischöfliche Generalvikariat